

Der Bebauungsplan "Ellbachstrasse I" ist durch das Regierungspräsidium  
Südwestfalen-Lippe am 9. November 1972 - Nr. 13-2/3005.2-1229/72-  
genehmigt worden unter den Auflagen

- a) für den vorgesehenen Parkstreifen und die Parkfläche nach dem Plan-  
zeichen für öffentliche Parkflächen nachzutragen,
- b) im Lageplan eine Teilfläche des Flst.Nr. 1593/1 noch farblich darzu-  
stellen,
- c) die Breitenmaße der Straßen- und Gehwegflächen an verschiedenen  
Stellen zur näheren Erläuterung nachzutragen.

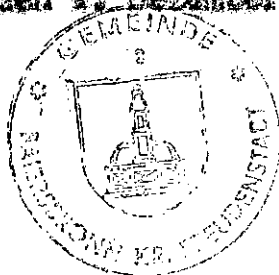
Diese Auflagen wurden am 13. November 1972 erfüllt.

Die Genehmigung des Bebauungsplanes, die Auflagen und deren Erledigung  
sowie Zeit und Ort der Auslegung des Bebauungsplanes wurden gemäß der  
"Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen" vom 19.1.1971  
im "Murgtalbote" am 17. November 1972 öffentlich bekanntgegeben.

Von 17. November 1972 bis 30. November 1972, je einschließlich, hat der  
Bebauungsplan im Rathaus Balersbrunn öffentlich ausgestellt.  
Der Bebauungsplan ist am 17. November 1972 rechtsverbindlich geworden.

Balersbrunn, den 1. Dezember 1972

  
Bürgermeister



4

1

Stadt - Gemeinde BAIERSBRONN  
Landkreis FREUDENSTADT

**Satzung über die  
Aufstellung - Änderung -/Ergänzung/-<sup>1)</sup> des Bebauungsplanes  
" ELLBACHSTRASSE 1 "**

Auf Grund von § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) und von § 111 der Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg vom 6. April 1964 (Ges.Bl. S. 151) in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges.Bl. S. 129) hat der Gemeinderat am **19. September 1972** folgenden **Bebauungsplan** für **das Gebiet "Ellbachstraße 1" in Baiersbronn-Mittelteil** <sup>2)</sup>

beschlossen:

§ 1<sup>3)</sup>

(1) Der vorgenannte Bebauungsplan besteht aus den nachstehend bezeichneten Anlagen 1 bis **7**, die Bestandteil dieser Satzung sind, und zwar<sup>4)</sup>

1. Lageplan, M. 1 : 500 vom 1.2.1972/17.7.1972
2. Lageplan, M. 1 : 500 vom 1.2.1972/17.7.1972
3. Lageplandeckblatt, M. 1 : 500 vom 8.5./16.7.1972
4. Ausbauquerschnitt, M. 1 : 50% vom 1.2.1972/17.7.1972
5. Höhenplan, M. 1 : 500/50 vom 1.2.1972/17.7.1972
6. Höhenplan, M. 1 : 500/50 vom 1.2.1972
7. Querschnitte, M. 1 : 100 vom 1.2.1972/17.7.1972

2) Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus der Anlage **1 - 3**, in der seine Grenzen eingezeichnet sind.

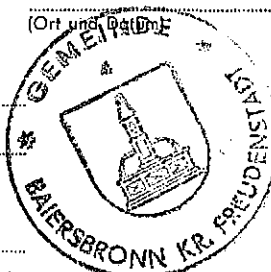
**§ 2**

Zu widerhandlungen gegen die in diese Satzung und ihre Anlagen aufgenommenen örtlichen Bauvorschriften (§ 111 LBO) können als Ordnungswidrigkeiten nach § 112 LBO mit Geldbuße geahndet werden.

**Baiersbronn, den 28. September 1972**

Der oben genannte Bebauungsplan wurde am .....  
vom .....  
genehmigt. ....  
Genehmigung und Auslegung wurden am .....  
bzw. in der Zeit vom ..... bis .....  
durch ..... öffentlich bekanntgemacht<sup>5)</sup>.  
Der Bebauungsplan ist damit am ..... in Kraft  
getreten<sup>6)</sup>.

....., den .....  
Bürgermeister



Bürgermeister

**Bebauungsplan "Ellbachstrasse I"**  
=====

**Begründung**

- I. Die Ellbachstraße zweigt im Teilort Mitteltal von der Ruhesteinstrasse - L 401 - ab und verläuft im Ellbachtal, einem Seitental der Murg.

Noch im Ortskern des Teilortes überquert die Straße die Murg und den Ellbach.

Insbesondere die Wohnplätze Höll, Härle-Ferrwies, Bergmosis, Orspach und Höllweg sind über die Ellbachstraße an das örtliche und überörtliche Verkehrsnetz angeschlossen. Für das Gebiet "Ellbach" ist bereits ein Bebauungsplan aufgestellt, für das Gebiet "Orspach-Bergmosis" ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes in Vorbereitung.

Die Bautätigkeit wird daher in dem Gebiet südlich der Murg und ostwärts des Ellbachs verstärkt zunehmen. Von der Leistungsfähigkeit der Ellbachstrasse ist deshalb die Bewältigung des Verkehrs in diesem Gebiet sehr wesentlich abhängig.

Die Ellbachstraße befindet sich in einem Ausbauzustand, wie er den Verkehrsbedürfnissen des früher landwirtschaftlich orientierten Ortsteiles entsprach. In dem Gebiet, das durch die Ellbachstraße erschlossen ist, sind in den letzten Jahrzehnten neben gewerblichen und industriellen Betrieben vor allem eine größere Anzahl von Fremdenverkehrsbetrieben entstanden. Während der Kursaison kann die Ellbachstraße, die keine Gehwege und nur eine schmale Fahrbahn aufweist, den erheblich gewachsenen Verkehr nicht mehr bewältigen. Dies gilt insbesondere für die beiden Brücken, die instandsetzungsbedürftig sind und deren Reparatur erhebliche unwirtschaftliche Aufwendungen verursachen würde.

Der Ausbau der Ellbachstraße, und zwar in ihrem ersten Teil, ist daher dringend notwendig geworden. Aus diesem Grund wird das Bauvorhaben durch das Land gefördert und wird ein Landeszuschuß von 60 % der Baukosten von 1 410 000,--DM bewilligt.

Die nicht durch den Landeszuschuß gedeckten Kosten werden von der Gemeinde Baiersbronn getragen. Erschließungsbeiträge können nicht erhoben werden, weil es sich um den Ausbau einer bestehenden Ortsstraße und nicht um die erstmalige Herstellung einer Erschließungsanlage handelt.

Außer der bisherigen Straßenfläche werden zum Ausbau der Ellbachstraße von den angrenzenden Grundstücken nur verhältnismäßig kleine Grundstücksteilflächen benötigt. Im Bereich des Grundstücks, Flst.Nr. 1537/5, in dem die bisherige Straßentrasse geändert wird, ist die Gemeinde Baiersbronn bereits Eigentümerin der benötigten Straßenfläche.

Es wird damit gerechnet, daß die insbesondere zum Ausbau der Gehwege benötigten Grundstücksteilflächen von der Gemeinde in freihändigem Kauf erworben werden können. Sollte dies unerwartet nicht in jedem Fall möglich sein, müßten allerdings Zwangsmaßnahmen - Enteignung - durchgeführt werden.

- II. Für das ursprünglich vorgesehene Planfeststellungsverfahren ist bereits ein RE-Entwurf ausgearbeitet worden. Dieser RE-Entwurf soll jetzt dem Bebauungsplan zugrunde gelegt werden. Dieser Entwurf wurde nach den Richtlinien für RE-Entwürfe aufgestellt. Die Planzeichen dieses Entwurfes stimmen mit den Planzeichen der Planzeichenverordnung vom 19.1.1965 und des Planzeichenerlasses vom 13.4.1966 jedoch nicht überein.

Da im Bebauungsplan lediglich Festsetzungen über Verkehrsflächen enthalten sind, sollen gemäß Absatz II, Ziffer 3, Satz 1 des Planzeichenerlasses die Planzeichen der RE-Richtlinien beibehalten werden.

Weder die Übersichtlichkeit noch die gute Lesbarkeit des Planes leiden darunter.

III. Zur weiteren Begründung wird auf die Anlagen

- 1.) Erläuterungsbericht,
- 2.) Bescheid über Landeszuschuß,
- 3.) Kostenanschlag,
- 4.) Finanzierungsplan,
- 5.) Übersichtsplan

verwiesen.

Baiersbronn, den 10. April 1972  
Bürgermeisteramt

